



Das Reichsbanner

Nr. 5 Mai 1970 14. Jahrgang

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

Zum 25. Jahrestag des Kriegsendes

Unter Mitwirkung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurde von der UDWV eine Erklärung ausgearbeitet, die anlässlich einer Pressekonferenz am 20. April in Frankfurt der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Auszug aus der Entschliebung

der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e. V. (UDWV),

der Union Internationale de la Résistance et de la Deportation (UIRD),

des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e. V. (ZDWV) und

des Europäischen Parlamentes der Verfolgten des Nationalsozialismus und

der ihnen angeschlossenen in- und ausländischen Verbände mit insgesamt 500 000 ehemaligen Widerstandskämpfern und Verfolgten der NS-Herrschaft zum 25. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung der Konzentrationshäftlinge.

I.

Erklärung zur Freiheit und den Menschenrechten:

Wir wenden uns gegen den Mißbrauch der Gewalt zur Verfolgung politischer Ziele, wir appellieren an die Regierungen und die Jugend der Welt, den Gewalttätigkeiten ein Ende zu setzen.

Wir wenden uns auch gegen die Verletzung der Menschenwürde und der Menschenrechte durch totalitäre Staaten. Alle Menschen sind gleich an Würde und Rechten. Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person. Wir fordern die Verwirklichung der durch die Vereinten Nationen abgegebenen „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“.

II.

Erklärung zum Frieden

Wir begrüßen die Schritte der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf eine Entspannung in Mitteleuropa.

Wir appellieren an die in Vietnam an den Kämpfen beteiligten Mächte und Gruppen, einen für beide Teile annehmbaren Frieden zu schließen. Wir fordern die arabischen Staaten auf, in direkte Friedensverhandlungen mit Israel einzutreten und den Plan zur Vernichtung Israels aufzugeben.

IV.

Wir beklagen, daß 25 Jahre nach dem Kriegsende vielen Völkern Europas – wie beispielsweise in der Tschechoslowakei, in Griechenland, in Spanien und in Portugal – die allgemeinen Menschenrechte vorenthalten oder aber diese durch Willkür und Gewalt erheblich beeinträchtigt werden.

Wir bedauern, daß in der UdSSR und in Polen Bürger unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Zionismus“ verfolgt werden. Menschenrechte und Menschenwürde sind unveräußerlich. Sie sind nicht verjährbar, sie sind mit der Natur des Menschen verbunden.

V.

Erklärung zu den staatsbürgerlichen Pflichten:

Wir halten es für das Recht und die Pflicht eines jeden Deutschen, den freiheitlich – demokratischen Rechtsstaat gegen jeden Angriff zu verteidigen. Dieser Aufgabe hat auch die Führung der Bundeswehr zu entsprechen. Wir sind für das gemeinsame Verteidigungsbündnis der im Nordatlantikpakt zusammengeschlossenen freiheitlich-demokratischen Staaten.

Wir fordern das Verbot von Parteien, die verfassungsfeindliche Ziele anstreben, und von Zeitungen, die die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte und Grundsätze beeinträchtigen oder gefährden. Die Regierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeit ausländischer Terrororganisationen und Geheimdienste auf deutschem Boden zu unterbinden.

VI.

Erklärung zur Opposition der Jugend:

Wir halten die Forderung der Jugend zum Protest gegen zahlreiche Ungerechtigkeiten für legitim, so lange und so weit sich dieser Protest außerhalb der Gewalttätigkeit hält. Wir verurteilen die Anwendung von Gewalt, die ein Mittel des Nationalsozialismus und des Faschismus war.

VII.

Bekennnis zu Europa:

Wir sind für den Eintritt aller europäischen Staaten, die eine demokratische Rechtsordnung besitzen, in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Schaffung der vereinigten Staaten von Europa.

VIII.

Erklärung zum Bundesentschädigungsgesetz für Opfer der NS-Verfolgung (BEG).

Wir fordern, daß alle durch den Nationalsozialismus Verfolgten gleich behandelt werden.

Wir sind der Ansicht, daß der Gesetzgeber mit dem BEG-Schlußgesetz noch nicht seine Aufgaben auf diesem Gebiet erfüllt hat.

Wir bedauern, daß nur im Bundesentschädigungsgesetz Fristen und Termine gesetzt wurden, die in der Gesetzgebung für den Lastenausgleich, für die Kriegspfergesetzgebung und in der Sozialversicherung nicht vorgesehen sind.

IX.

Erklärung zum Bundesrückerstattungsgesetz und zum Lastenausgleichsgesetz (LAG)

Die Verbände legen Bundestag und Bundesregierung nahe, den § 5 des BRÜG aufzugeben, da er ein Verstoß gegen völkerrechtliche Normen, insbes. gegen die Haager Konvention, darstellt.

Wir bedauern, daß viele demokratische Organisationen, so z. B. das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. bis heute keinerlei Entschädigung erhalten haben.

Politischer und anderer Sekt!

Nichts fällt Politikern schwerer als Irrtümer zuzugeben. Wieviel schlaflose Nächte bereitet Politikern die Sorge, wie sie ihr Gesicht wahren könnten? Und doch gibt es solche, die keine Mühe haben, ihr Gesicht nicht zu verlieren, weil sie gar keines haben.

Serenus

Ehrene Männer passen gut zu hölzernen Köpfen. nn.

* * *

Zwei neue Klassen werden sichtbar, und das sind ihre Merkmale:

Die gehobene Klasse: Sie ackern nicht, sie säen nicht, doch ernten wollen sie immerdar!

Die Spitzenklasse: Sie ackern nicht, sie säen nicht, sie ernten nicht, doch das böse Establishment ernährt sie doch!

Serenus

Die Schläuen leben von den Dummen. nn.

* * *

Was Jupiter erlaubt ist, geziemt noch lange nicht dem Ochsen!
Röm. Sprichwort

Wer spinnt, gewinnt, denn der Mensch bewundert, was er nicht versteht. nn.

* * *

Der Jammer mit der Menschheit ist, daß oft die Klugen feige, die Tapferen dumm und die Fähigen ungeduldig sind. Das Ideal wäre der tapferere Kluge mit der nötigen Geduld. Truman Capote

* * *

Gestern geschrieben, heute zur Beachtung:

Unser Staat, die Republik, ist kein Polizeistaat, aber die Republik ist ein Staat, der sich selbst achtet, der erwarten kann, daß die Staatsbürger ihm Achtung entgegenbringen. Die Republik muß verlangen, daß all ihre Organe im Sinne der Verfassung staatsbürgerlich zu ihr stehen. Dr. Julius Leber, 1925

* * *

Sie werden mich nicht wegen meiner Bücher verurteilen, sondern irgendeinen kleinen Vorwand fabrizieren. Und vor meiner Verhaftung werden sie versuchen, meinen Charakter in den Schmutz zu ziehen, wie sie es mit allen versuchten. Was das Datum meiner Verhaftung angeht, braucht sich die Bürokratie nicht zu beeilen, denn sie weiß, daß ihr niemand entkommt.

Der sowjetische Schriftsteller Andrej Amalrik

Wissenswertes

So neu ist nichts auf der Welt, als daß die Ansätze nicht schon geschichtlich wären.

Serenus

So überwältigend die technischen Errungenschaften der Gegenwart sind, so rasch auch Neuerungen uns zu überrennen scheinen, die Macht des Menschen und seine Erkenntnisse sind nicht so plötzlich vom Himmel gefallen, wie manche gerne glauben möchten. Weder fängt bei jeder neuen Generation die Geschichte erst an, noch kommt bei diesem oder jenem Volk die Erdachse heraus.

Ein kleiner Blick, sehr weit zurück, möge uns etwas Bescheidenheit lehren:

Schon im vierten Jahrhundert vor Chr. behauptete Demokrit, Materie werde niemals zerstört, sondern wandle nur ihre Form. Er sagte auch, es gebe unzählige Welten im Universum. Ständig würden neue geboren und alte stürben. Einige besäßen keine Sonne oder keinen Mond, andere hingegen mehrere. Er erklärte ferner, das Leben habe sich aus dem Urschleim entwickelt.

Ein anderer, Leukippos von Milet, glaubte im fünften Jahrhundert vor Chr., alles Bestehende setze sich aus Atomen zusammen, unendlich an Zahl, unzerstörbar und ständig in Bewegung, durch leeren Raum voneinander getrennt.

Entfernungsberechnungen fanden in jeder Zeit schon statt, die nur wesentlich von den heute feststehenden abweichen. Erastosthenes (250 vor Chr.) berechnete mit primitiven Instrumenten den Umfang der Erde mit 39 690 Kilometern und den Durchmesser mit 12 635 Kilometern. Die richtigen Maße sind 40 075 und 12 755 Kilometer.

Hipparch errechnete im zweiten Jahrhundert vor Chr. das Sonnenjahr mit 365 $\frac{1}{4}$ Tagen weniger 4 Min. und 48 Sek. — der Irrtum beträgt nur 6 Minuten. Er schätzte die Entfernung zum Mond auf 402 350 Kilometer — der Fehler beträgt weniger als 5%.

Mancher griechische Gelehrte und Philosoph käme sich auch heute „modern“ vor.

Numerus clausus einmal anders!

Entnommen aus: **Neue Zürcher Zeitung**

Es gibt in der Sowjetunion viel mehr Abiturienten als Plätze an den höheren Lehranstalten. Die Zulassung ist durch einen Numerus clausus begrenzt. Das Abitur genügt nicht für den Zutritt zu einer Hochschule. Man muß eine Aufnahmeprüfung ablegen, und diejenigen, die sie bestehen, werden noch einmal gesiebt. An der Moskauer Lomonossow-Universität meldeten sich im letzten Jahr 20 335 zur Aufnahmeprüfung. Davon bestanden 6 782 die Prüfung, aber aufgenommen werden konnten nur 3 400. Für jeden Platz gab es also sechs Kandidaten und zwei davon, die die Prüfung bestanden.

Diese Situation ermöglicht mancherlei Unregelmäßigkeiten. Verwandtschaftliche oder freundschaftliche Beziehungen zu hochgestellten Persönlichkeiten erleichtern häufig die Aufnahme an eine Universität. Verschiedentlich helfen auch Bestechungsgelder, wobei es um hohe Summen geht. Das eine wie das andere wird in der sowjetischen Presse gelegentlich erwähnt.

Bedeutungsvoller als diese Betrügereien ist die Tatsache, daß für den Zutritt zu den höheren Lehranstalten die „Kinder aus den Dörfern und Arbeitersiedlungen in einer schlechteren Lage sind als die Kinder aus den Großstädten“. Das Zitat stammt aus einem Bericht in der „Iswestija“...

Bundeskonzferenz 1970

am 19. / 20. Sept. in Hannover

Gegen die Rüstungslobbyisten

ak. — Wenn hohe Offiziere, die während ihrer Dienstzeit mit der Industrie zusammengearbeitet haben, nach ihrer Pensionierung ausgerechnet in die Rüstungsindustrie gehen, so findet das der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums, Karl Wilhelm Berkhan, nicht richtig. In diesem Sinne äußerte sich der Bundestagsabgeordnete Berkhan jetzt anlässlich der sich häufenden Anträge ehemaliger Offiziere aus dem Sachbereich W (Wirtschaft) und T (Technik) des Bundesverteidigungsministeriums, sich nach ihrer Pensionierung als „Wirtschaftsvertreter“ gegenüber dem Ministerium akkreditieren zu lassen. Nach den geltenden Gesetzen ist es jedem ausscheidenden Offizier freigestellt, sich beruflich zu betätigen, wenn die neue Tätigkeit nicht gegen die einschlägigen Sicherheitsvorschriften verstoßen oder der Verdacht besteht, daß das frühere Vorgesetztenverhältnis bei der Unterbringung von Industrieaufträgen mißbraucht wer-

den könnte. Auf der Hardthöhe besteht seit längerem ein eigenes Referat „Verhalten im Verkehr mit der Wirtschaft“, das alle Firmenvertreter nach Sicherheitsgesichtspunkten überprüft. Ein Prüfungsfaktor ist unter anderem die eventuelle frühere Tätigkeit des Antragstellers im Verteidigungsministerium. Jüngstes Beispiel ist der Brigadegeneral Kurt Gieser, der aus dem aktiven Wehrdienst in die Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) überwechselte. In seiner neuen Eigenschaft kontaktierte er – wie verlautet – ehemalige Untergebene und versuchte, unter Wahrnehmung persönlicher Kontakte Bundeswehrdienststellen für das BASF – Auto-

mationsverfahren zu interessieren. Während frühere Minister in dieser Frage leider sehr großzügig waren, weil die bestehenden Gesetze keine Handhabe gegen solche „Kontaktförderungen“ bieten, verstärken sich erfreulicherweise die Bestrebungen innerhalb der Regierungskoalition, durch entsprechende Verordnungen in Zukunft einen Mißbrauch ehemaliger Berufskontakte zu unterbinden. Wobei auch noch interessant wäre zu erfahren, wer bis jetzt solche Kontakte praktiziert und wie groß der Umfang ist. Hoffentlich wird uns eine solche personelle Übersicht keine peinlichen Überraschungen bringen.

Berichte des Bundesvorstandes und seiner Untergliederungen

Landesverband Nordrhein-Westfalen

In den Ortsvereinen Leverkusen und Bonn wurden in den letzten Wochen erstmalig Filmveranstaltungen durchgeführt. Es wurden sehr interessante Kurzfilme über die Geschichte der Weimarer Republik gezeigt, die von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen kostenlos zur Verfügung gestellt waren. Die Fortführung dieser politischen Bildungs- und Informationsarbeit wurde von allen Kameraden für sehr wichtig und nützlich angesehen.

Der Ortsverein Bonn führte zusammen mit der Bonner Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten unter sehr guter Beteiligung eine Omnibusfahrt – als gesellige Veranstaltung – zum Arbeiterwohlfahrtheim nach Lanzerath in der Voreifel durch.

In der Jahreshauptversammlung des Bonner Ortsvereins, die im März stattfand, war nach den Jahresberichten, erstattet von den Kameraden Kerger und Prangenberg, das Hauptthema eine Diskussion über die Möglichkeiten einer weiteren Ausbreitung der Organisation und der Mitgliederwerbung. Erfreulich waren die Feststellungen über die guten Kassenverhältnisse und die pünktliche Beitragszahlung. Die Neuwahl des Vorstandes, der im vergangenen Jahr auf zwei Jahre gewählt worden war, ist erst im nächsten Jahr fällig. Als Neuregelung wurde beschlossen, neben den vorgesehenen Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen offene Vorstandssitzungen durchzuführen, an denen interessierte Kameraden des Ortsvereins als Gäste regelmäßig teilnehmen können. Für den erweiterten Landesvorstand ist demnächst eine kleine Arbeitskonferenz, möglicherweise in Krefeld, vorgesehen. Zur Vereinfachung der organisatorischen Arbeit und zum Zwecke einer besseren Informationsmöglichkeit wird eine zentrale Mitgliederkartei des Landesverbandes beim Kameraden Kerger in Bonn angelegt.

Einzelmitglieder, die Schwierigkeiten mit der regelmäßigen Beitragszahlung haben, können, soweit sie keinem Ortsverein angehören, Beiträge zahlen beim Kameraden Adolf Prangenberg, 53 Bonn-1, Flensburger Str. 68, Girokonto 76 422 Städtische Sparkasse Bonn (w. Reichsbanner). Die Beitragsmarken werden nach Eingang der Zahlungen zugeschickt.

Landesverband Hessen

Ortsverein Frankfurt

Am 6. Juni 1970 Omnibusfahrt durch den Odenwald mit anschließendem „Bunten Nachmittag“ bei Musik und Tanz. Fahrpreis 5,- DM. Anmeldung in der Geschäftsstelle Reineckstr. 7 oder bei Kamerad Fritz Funk, Tel. 350 252.

Für unsere Ferienreise vom 28. 6. bis 11. 7. 1970 sind noch Plätze frei. Fahrtziele: Salzkammergut und Besuch in Mauthausen. Teilnehmerpreis: 229,- DM. Hierin sind enthalten: Gesamtfahrpreis, 2 Wochen Vollpension in Oberösterreich. Bei genügender Beteiligung und einem Zuschlag von 15,- DM wird eine Tagesfahrt nach Wien eingefügt.

Bitte Rundschreiben Nr. 1 und 2 beachten! Auch auswärtige Kameraden sind zu diesen Fahrten eingeladen und können sich an obiger Adresse anmelden.

Ortsverein Offenbach

Auf unserer diesjährigen Jahresversammlung wurden keine großen Probleme gewälzt. Neuwahl des Vorstandes findet erst im kommenden Jahr statt. Es wurde angeregt, unserem Kameraden Fritz Stroh zu seinem 85. Geburtstag die Ehrenmitgliedschaft anzutragen. Ferner wurde beschlossen, zahlreich an der Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche am 7. Mai teilzunehmen und dort auch die Offenbacher Fahne zu präsentieren. Abfahrt am 7. Mai um 15 Uhr am Alice-Platz in Offenbach. Mehrere PKW's stehen zur Verfügung.

Ortsverein Frankfurt

In den Gilde-Stuben fand unsere gut besuchte Jahreshauptversammlung statt. Der Ortsvereinsvorsitzende Fritz Funk gedachte zu Beginn der Sitzung der im vergangenen Jahr verstorbenen Kameraden und gab dann seinen ausführlichen Jahresbericht. Mit Befriedigung konnte er feststellen, daß es den Rechts- und Linksextremisten nicht gelang, Kandidaten in den Bundestag zu bringen. Wenn wir als Reichsbanner auch nur einen bescheidenen Beitrag zur Wahlpropaganda leisteten, so wird unsere Flugblatt- und Plakatwerbung doch allgemein anerkannt und trug dazu bei, unsere Organisation wieder bekannt zu machen. Mehrere Fahrten mit Omnibussen in den Odenwald und an den Rhein dienten nicht nur der Geselligkeit, sondern waren gleichzeitig als Propaganda für die Bundestagswahlen organisiert.

Von der Bundeskonferenz in Bonn-Beuel konnte er berichten, daß der Ortsverein Frankfurt eine der stärksten Delegationen entsandte, die sich auch in der Debatte bemerkbar machte. Auch bei einem Empfang bei dem Bundespräsidenten Heinemann nahmen mehrere Frankfurter Vorstandsmitglieder teil.

Das Grabmal unserer von den Nazis ermordeten Kameraden Koch und Schmidt wurde in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt und in einer Gedenkstunde, an der auch mehrere Vertreter des öffentlichen Lebens teilnahmen, enthüllt. Alles in allem könnte man mit vorsichtigem Optimismus sagen, daß unser Bund in der Öffentlichkeit wieder bekannt geworden sei, wenngleich er heute noch nicht wieder die Bedeutung habe wie in der Zeit der Weim. Republik.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde der Kassen- und Revisionsbericht bekanntgegeben. Der bisher amtierende Kassierer Kam. Karl Reiß hat aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Kassierer niedergelegt, bleibt aber nach wie vor im Vorstand des Ortsvereins tätig.

Einstimmig wurde Kam. Chr. Weiß in der notwendig gewordenen Ersatzwahl zum Kassierer gewählt.

Mit lebhaftem Interesse und starkem Beifall wurde der Vortrag des ersten Bundesvorsitzenden, Kam. R. Becker, begrüßt, der über den heutigen Standort des Reichsbanners referierte. Es wäre gut, wenn dieser Vortrag in einer der nächsten Nummern unserer Zeitung erscheinen würde.

Mit einem Dank an den Referenten und an die Mitglieder schloß Kam. Fritz Funk die Versammlung.

Willi Schmidt, Schriftführer



Mitteilungen des Bundesvorstandes

Der Bundesvorstand hat an die Droemer'sche Verlagsanstalt, Th. Knauer Nachf., München, folgendes Schreiben gerichtet:

Auf Anregung aus den Reihen unserer Mitglieder hat der Vorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., beschlossen, Ihnen folgende Mitteilung zukommen zu lassen:

In Ihren Ausgaben „Knaurs Lexikon A – Z“ geben Sie in Ihren Darlegungen weiten Raum

1. der SA, Kampfverband der NSDAP,
2. der SS und ihren verschiedenen Gliederungen,
3. dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, sowie dessen Neugründung.

Dagegen verschweigen Sie die Existenz des größten Verbandes der Weimarer Republik, des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“. Der Verband war geschichtsbekannt die Organisation zur Verteidigung der Republik und der demokratischen Freiheit.

Die heutige Organisation in der Bundesrepublik ist die legitime Nachfolgeorganisation und gibt bereits im 14. Jahrg. eine monatlich erscheinende Zeitung heraus.

Es ist uns deshalb unverständlich, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold geschichtlich wie auch gegenwärtig totgeschwiegen werden soll.

Kundgebung in der Paulskirche in Frankfurt

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nimmt am 7. Mai 1970 offiziell an der Kundgebung zum 25. Jahrestag des Kriegsendes teil, die in der Paulskirche in Frankfurt von der „Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V.“ durchgeführt wird.

Das Reichsbanner wird durch den gesamten Bundesvorstand und durch die Kameraden aus Frankfurt und aus dem hessischen Raum vertreten sein. Auf dieser Veranstaltung werden der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, sowie der Präsident des internationalen Dachverbandes (Union Internationale de la Résistance et de la Déportation), General Albert Guérissse, sprechen.

Ein Empfang für die in- und ausländischen Gäste wird im Hotel Intercontinental in Frankfurt gegeben.

Landesverband Hessen

Alle Kameraden aus Frankfurt und dem gesamten hessischen Raum werden aufgerufen, an der Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche am 7. Mai 1970 um 16 Uhr teilzunehmen. Alle verfügbaren Fahnen werden mitgebracht.

* * *

Heinz-Winfried Sabais Oberbürgermeister in Darmstadt?

ak. — Der bisherige Darmstädter Oberbürgermeister, Kamerad Engel, stellt sich in diesem Jahre nicht wieder zur Wahl. Wie wir hören, hat der bisherige Schul- und Kulturdezernent in Darmstadt, unser Kamerad Heinz-Winfried Sabais, gute Aussichten, neuer Oberbürgermeister von Darmstadt zu werden. Wir würden uns freuen, wenn der bewährte bisherige Oberbürgermeister durch unseren Kameraden Sabais abgelöst würde, der allen Kameraden ja bestens bekannt ist durch die Konzipierung der neuen Programmgrundsätze unseres Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold als Bund aktiver Demokraten.

Landesverband Bremen-Weser/Ems

Am 8. März fand die Landesdelegiertenkonferenz in Verden/Aller statt. Besonders erfreut waren die Teilnehmer, daß der Bürgermeister Toon in Verden die Konferenz begrüßte und an die jüngere Generation die Mahnung richtete, wachsam zu sein zum Schutze der demokratischen Einrichtungen. Dieter Westermann gab in seinem Tätigkeitsbericht einen Überblick über die geleistete Arbeit im Landesverband, die in organisatorischer Hinsicht zufriedenstellend war, in der Öffentlichkeitsarbeit aber Mängel aufzeigte. Hier müßte der Bundesvorstand diesbezügliche Richtlinien herausgeben. Der Bund müsse auch als kritische Organisation aktiver Demokraten zu der Erkenntnis kommen, daß das, was wir als Demokratie sehen, noch nicht ausreichend sei und auch in die Bereiche der Wirtschaft eindringen müsse. Schließlich solle man nicht vergessen, wer Hitler einmal in den Sattel geholfen habe.

Wie schon in Bremen, so wurde auch hier bei der Wahl des neuen Landesvorstandes der Generationswechsel erkennbar. Fritz Riegel, Mitbegründer des Landesverbandes und Vorsitzender des Ortsvereins Verden, verzichtete auf eine Wiederwahl. Ihm wurde der besondere Dank der Kameraden für die Mitarbeit und die Aufbauarbeit ausgesprochen.

Die Neuwahl des Landesvorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Dieter Westermann; 2. Vorsitzender Kurt Wegner, Dovemühlen/Schornhorst; 3. Vorsitzender Adolf Dierking, Bremen; Kassenwart Siegfried Garsch; Schriftführer Seppl Hollander; 2. Schriftführerin Roswitha Bölicke, Bremen; Beisitzer: Fritz Riegel, Georg Berkelmann, Otto Möller, Verden; Heinrich Meißner, Rolf Dierking, Jürgen Keilbach, Heino Ernst, Bremen.

Für den Vorstand des Jugendbundes hatten die Wahlen folgendes Ergebnis: Jugendleiter Christoph Bode, stellvertr. Jugendleiter Rolf Stellmann, Schriftführerin Brigitte Lauszat, Kassenwart Fahrenholz, technischer Leiter Rolf Lange, stellvertr. techn. Leiter Heino Hahn.

Berlin-Spandau

Tischrunde mit Angehörigen am Sonnabend, dem 16. Mai 1970, um 20 Uhr im Lokal „Hansa-Bier“, Weißenburger-Ecke Jägerstraße.

Jugendbund Bremen

Pfingsten fahren wir nach Berlin. Interessierte Mitglieder wollen sich sofort bei Christoph Bode, Bremen, Sielwall 68, melden. Wer will da fehlen?

Landesverband Hamburg

Am 19. April nahmen die Kameraden in Hamburg an der Gedenkfeier anlässlich des 25. Jahrestages der Befreiung der Häftlinge im Konzentrationslager Neuengamme teil. Die Feier wurde vom Senat der Stadt Hamburg durchgeführt und das Hamburger Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gebeten, den Ordnungsdienst zu stellen. Am Ehrenmal Neuengamme legten die Kameraden des Reichsbanners Hamburg einen Kranz nieder und präsentierten mit ihrer Fahne.

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.

Nr. 5 — Mai 1970 — 14. Jahrgang.

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,
6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (0611) 29 41 61.

Verantwortlich: Werner Bümlin, 6 Frankfurt, Ortenberger Str. 54, Tel. 45 54 60.

Druck: Pullmann & Stevermüer, Offenbach/M.

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.